



EU-weite Energiewende könnte Südeuropas Wirtschaft stärken

EU-weite Energiewende könnte Südeuropas Wirtschaft stärken
Forscher schlagen Klimapolitik gegen Eurokrise vor - Energiepolitik als zentrales EU-Gemeinschaftsprojekt
Durch einen gezielten Vorstoß der neuen EU-Kommission könnte die Energiewende auf europäischer Ebene gelingen und zugleich einen Beitrag dazu liefern, das krisengeschüttelte Südeuropa aus der wirtschaftlichen Krise zu manövrieren. In diesen Ländern wären dafür beim Ausbau der Erneuerbaren Energien vereinfachte Genehmigungsprozesse, Arbeitsqualifizierungsmaßnahmen sowie geringere Netzanschlusskosten nötig - und aus Kerneuropa wie etwa Deutschland gezielte Investitionen von jährlich eins bis drei Milliarden Euro. Länder wie Griechenland könnten dann mit einem zusätzlichen Wirtschaftswachstum von etwa 0,5 bis 1,0 Prozent rechnen. Das sind die Ergebnisse einer neuen Studie von Autoren des Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC) und anderer renommierter Forschungsinstitute, die im Fachmagazin "Renewable and Sustainable Energy Reviews" veröffentlicht worden ist.
Basierend auf meteorologischen Daten und der Auswertung von Szenarien für eine kosteneffiziente Energiewende in Europa kommen die Forscher zu dem Schluss, dass Länder wie Griechenland, Portugal, Italien oder Spanien vor allem durch den Einsatz von mehr Photovoltaikanlage vom Stromimporteur zum Exporteur werden könnten. Dazu sei eine rechtliche Harmonisierung der Energiepolitik durch die EU in enger Abstimmung mit all ihren Mitgliedsstaaten nötig. Konkret schlagen die Wissenschaftler einen EU-weiten, möglichst einheitlichen Einspeisetarif für erneuerbare Energien vor.
"Die Energiewende sollte als gemeinschaftliches europäisches Projekt verstanden werden, das vor allem benachteiligten Ländern Perspektiven bietet", sagt Felix Creutzig, Leiter der Studie und der MCC-Arbeitsgruppe Landnutzung, Infrastruktur und Transport. "Die Energiewende kann nicht im Alleingang gelingen, sondern Deutschland braucht innerhalb der EU Partner im Süden Europas." Dies gelte auch mit Blick darauf, dass sich über einen größeren geografischen Raum hinweg die Wind- und Wolkeneinflüsse auf die Energiegewinnung aus den Erneuerbaren Energien besser ausgleichen.
Die europäischen Mittelmeerränder können jedoch die bürokratischen und finanziellen Hürden auf dem Weg zum großflächigen Einsatz etwa von Photovoltaikanlagen nur mit Hilfe aus dem Norden überwinden. Eine Geldquelle dafür könnten die Einnahmen aus einem reformierten europäischen Emissionshandel darstellen. Von Deutschland und anderen Staaten finanzierte Infrastrukturinvestitionen der EU in Erneuerbare Energien in Südeuropa könnten zudem die dort eingebrochenen Privatinvestitionen ausgleichen, ohne dass die Haushalte dieser Staaten weiter belastet würden.
Die Wissenschaftler gehen davon aus, dass durch die Vereinigung des europäischen Wirtschaftsraums dessen Kern - also Deutschland und die Beneluxstaaten - ökonomisch am meisten profitiert habe, während die produktive Basis der Mittelmeerränder geschwächt worden sei. "Es wäre nur angemessen, wenn Staaten wie Deutschland, die bisher am meisten von der EU als Wirtschaftsunion profitiert haben, finanziell einen substanziellen Beitrag zu einer Europäischen Energiewende auch für Südeuropa beitragen", sagt Creutzig. "Und es kommt noch hinzu: Eine erneuerte Solidarität der EU-Bürger untereinander könnte das wertvollste Ergebnis eines solchen Projektes sein. Selbst wenn das schwer in Euro und Cent zu beziffern ist."
Über das MCC
Das MCC erforscht nachhaltiges Wirtschaften sowie die Nutzung von Gemeinschaftsgütern wie globalen Umweltsystemen und sozialen Infrastrukturen vor dem Hintergrund des Klimawandels. Fünf Arbeitsgruppen forschen zu den Themen Wirtschaftswachstum und -entwicklung, Ressourcen und Internationaler Handel, Städte und Infrastrukturen, Governance sowie wissenschaftliche Politikberatung. Das MCC ist eine gemeinsame Gründung der Stiftung Mercator und des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK).
Weitere Informationen:
Der Artikel im Original: Creutzig, F.; Goldschmidt, J.; Lehman, P.; Schmid, E.; von Blücher, F.; Breyer, C.; Fernandez, B.; Jakob, M.; Knopf, B.; Lohrey, S.; Susca, T.; Wiegandt, K. (2014): Catching two European birds with one renewable stone: Mitigating climate change and Eurozone crisis by an energy transition, Renewable and Sustainable Energy Reviews, 38, 1015-1028
Stiftung Mercator GmbH
Huyssenallee 46
45128 Essen
Deutschland
Telefon: +49 (0)201 245 22 54
Telefax: +49 (0)201 245 22 22
Mail: info@stiftung-mercator.de
URL: <http://www.stiftung-mercator.de/>

Pressekontakt

Stiftung Mercator GmbH

45128 Essen

stiftung-mercator.de/
info@stiftung-mercator.de

Firmenkontakt

Stiftung Mercator GmbH

45128 Essen

stiftung-mercator.de/
info@stiftung-mercator.de

Die Stiftung Mercator ist eine der großen privaten Stiftungen in Deutschland. Sie verfolgt klar definierte reformerische Ziele in ihren Themenclustern Integration, Klimawandel und Kulturelle Bildung, die sie mit einer Kombination aus gesellschaftspolitischer Themenanwaltschaft im Sinne von "advocacy" und praktischer Arbeit erreichen will. In ihren Kompetenzzentren Wissenschaft, Bildung und Internationale Verständigung ist die Stiftung Mercator sowohl operativ als auch fördernd tätig. Eine unternehmerische, professionelle und internationale Haltung bestimmt dabei ihre Arbeit.